



Regionalbericht
Südliches und Östliches Afrika

Kleine Fortschritte – größere Rückschritte

von Julia Renner-Mugono und Siegmund Schmidt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Der Text und die Abbildungen dieser Publikation sind urheberrechtlich geschützt und lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY-SA 4.0) Lizenz. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>



Das Titelfoto (© PhotoDisc/Gettyimages.com) und die Logos sind ebenfalls urheberrechtlich geschützt, unterfallen aber nicht der genannten CC-Lizenz und dürfen nicht verwendet werden.

DOI 10.11586/2022007

Regionalbericht

Südliches und Östliches Afrika

Kleine Fortschritte – größere Rückschritte

von Julia Renner-Mugono und Siegmard Schmidt*

Überblick zu den Transformationsprozessen in Angola, Äthiopien, Botswana, Burundi, Dschibuti, Eritrea, Eswatini, Kenia, Lesotho, Madagaskar, Malawi, Mauritius, Mosambik, Namibia, Ruanda, Sambia, Simbabwe, Somalia, Südafrika, Südsudan, Tansania und Uganda



Dieser Regionalbericht analysiert die Ergebnisse des Transformationsindex BTI 2022 der Bertelsmann Stiftung im Untersuchungszeitraum vom 1. Februar 2019 bis zum 31. Januar 2021. Weitere Informationen finden Sie unter www.bti-project.org.

Zitiervorschlag: Julia Renner-Mugono und Siegmard Schmidt, Kleine Fortschritte, größere Rückschritte — BTI-Regionalbericht Südliches und Östliches Afrika, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2022.

* Dr. Julia Renner-Mugono ist Postdoktorandin am Institut für Politikwissenschaften an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und BTI-Regionalkoordinatorin für das südliche und östliche Afrika. Dr. Siegmard Schmidt ist Professor für Internationale Beziehungen und Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Landau und BTI-Regionalkoordinator für das südliche und östliche Afrika.

Einleitung

Der bereits bestehende negative Trend in den drei Untersuchungsdimensionen Politik, Wirtschaft und Governance setzt sich auch im aktuellen Erhebungszeitraum fort. Auf den ersten Blick scheint es, dass es keine positiven Nachrichten aus der Region des südlichen und östlichen Afrikas zu berichten gibt. Zunehmend autoritäre Herrscher halten sich durch repressive Maßnahmen gegenüber der Opposition und Zivilgesellschaft an der Macht und schränken den öffentlichen Raum und die Möglichkeit politischer Partizipation immer mehr ein. Effektive Gewaltenteilung scheint in einigen Ländern mehr kosmetischer Natur als tatsächlich vorhanden zu sein. Die ergriffenen Maßnahmen zur Einschränkung der COVID-19-Pandemie haben den autoritären Kurs einiger Länder noch zusätzlich beschleunigt.

Die Hoffnung auf einen politischen Neuanfang in der Post-Mugabe Zeit in Simbabwe oder durch den Friedensnobelpreisträger Abiy Ahmed in Äthiopien wurde in den letzten zwei Jahren zerschlagen. Auf eine Razzia im Januar 2019 durch den staatlichen Sicherheitsapparat unter Führung der simbabwischen Mnangagwa Regierung, die mit unverhältnismäßiger Gewalt auf Proteste wegen schlechter Lebensbedingungen reagierte, folgten zwei Jahre verstärkter Repressionen gegen Oppositionelle, Aktivist:innen, Journalist:innen und andere Akteure. Premierminister Abiy führt seit November 2020 einen Bürgerkrieg in der äthiopischen Region Tigray. Er zeigt sich zunehmend kompromisslos gegenüber politischen Opponenten und der internationalen Gemeinschaft. Infolgedessen wird Äthiopien in die Gruppe der harten Autokratien zurückgestuft.

Kein Land der Region konnte sich im Bereich der politischen Transformation substanziell verbessern. Die autokratische Regression in Madagaskar, Sambia und Tansania verdeutlicht diese insgesamt deprimierenden Entwicklungen. Zwischen dem BTI 2020 und dem BTI 2022 ist ein Rückgang im Bereich der politischen Transformation um -0,20 Punkte zu verzeichnen. Die Region liegt mit einem Wert von 4,79 deutlich unter dem globalen Durchschnittswert von 5,39. Alle sechs Demokratien finden sich nun ausschließlich im südlichen Afrika. Die schleichende Zunahme autoritärer Politikmuster ist besonders in Burundi, Mosambik, Tansania und Uganda deutlich geworden. Vor allem die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen waren von großen Unregelmäßigkeiten und Manipulationen geprägt. Die Unabhängigkeit der Judikative wird vor allem in Madagaskar und Sambia in Frage gestellt. In beiden Ländern kann die Exekutive direkten Einfluss auf die Judikative nehmen. Vor diesem Hintergrund bleibt die Frage offen, ob eine zunehmend mutige Zivilbevölkerung in den kommenden Jahren für mehr politischen und öffentlichen Raum kämpfen kann, um die Vertiefung autoritärer Strukturen zu verhindern. Dieser negative Trend verdeckt den Blick auf wenige positive Entwicklungen. Die abgehaltenen Wahlen in Südafrika und Namibia sowie der Regierungswechsel in Malawi verdeutlichen, dass demokratische Wahlen in der Region durchaus funktionieren. Die Zustimmungswerte zur Demokratie in der Bevölkerung sind in Botswana, Mauritius und Namibia ebenfalls auf einem konstant hohen Niveau geblieben.

Im Bereich der wirtschaftlichen Transformation kann der aktuelle BTI kaum Hoffnung auf Besserung vermitteln. Im Vergleich zu den anderen Regionen, die der BTI betrachtet, verzeichnet die Region gemeinsam mit West- und Zentralafrika zwar die geringsten wirtschaftlichen Einbrüche, findet sich aber dennoch auf einem neuen Tiefststand wirtschaftlicher Transformation wieder. Die wirtschaftliche Entwicklung in Ostafrika stagniert über den Beobachtungszeitraum. Den größten Einbruch verzeichnen die exportabhängigen Staaten Botswana und Sambia im südlichen Afrika. Dies ist auch auf die Handelsunterbrechungen im Zuge der globalen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie zurückzuführen. Die COVID-19-Pandemie hat seit langem bestehende strukturelle Probleme deutlich werden lassen. Ein großes Problem geblieben ist die schon in den vorangegangenen Berichten festgestellte wirtschaftliche Stagnation mit ihren Begleiterscheinungen von Armut, Arbeitslosigkeit, einem

aufgeblähten informellen Sektor und Perspektivlosigkeit – insbesondere bei der jungen Generation. Dies setzt, zusammen mit Korruption und Kriminalität, die meisten Länder der Region wie auch deren Governance zunehmend unter Druck. Insbesondere die COVID-19-Pandemie hat einmal mehr das Fehlen sozialer Absicherungssysteme hervorgehoben, weswegen die Anzahl der Personen, die in absoluter Armut leben oder im informellen Sektor Arbeit finden müssen, gravierend angestiegen ist. Das Pro-Kopf-Wachstum gemessen am Bruttoinlandsprodukt der Region betrug im Durchschnitt 1,5% in 2019 – zu wenig, um den notwendigen Entwicklungsschub für ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum zu erzeugen. Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie haben zu einem durchschnittlichen Rückgang des Pro-Kopf-Wachstums um -3,5% in 2020 geführt. Die Schuldenlast vieler Länder der Region hat durch die zusätzlichen Kredithilfen des IWF und der Weltbank bedrohliche Höhen angenommen. Ebenso besorgniserregend ist die ansteigende Inflationsrate, die sich im Jahr 2020 auf 14,5% im regionalen Durchschnitt erhöhte. Die COVID-19-Pandemie hat einmal mehr gezeigt, dass die Region eine nachhaltige Wiederbelebung des Wachstums braucht, welches nicht nur an kurzfristigen wirtschaftlichen Prestigeprojekten einiger autoritärer Langzeitherrscher ausgerichtet ist.

Auch im Governance-Index ist ein leichter, aber bedeutsamer Rückgang für die Region zu verzeichnen. Während der Konsens der Eliten im Hinblick auf die Ziele Marktwirtschaft und Demokratie bei der überwältigenden Mehrheit der Länder im moderaten Bereich bestehen bleibt, sind es vor allem der Anstieg der innerstaatlichen Konfliktintensität und die mangelnde Effektivität, Reformprozesse zu steuern und politische Prioritäten umzusetzen, welche sich negativ auf die Governance der Region niederschlagen. Äthiopien und Simbabwe stehen beispielhaft für den Anstieg innerstaatlicher Konfliktintensität, während Angola, Dschibuti und Lesotho positive Entwicklungen in der Prioritätensetzung und Effektivität der Reformprozesse durchlaufen haben. Im südlichen Afrika hat sich der Wille zu regionaler Kooperation verfestigt, während es in Ostafrika zu erheblichen Spannungen in der regionalen Zusammenarbeit gekommen ist. Wenngleich der Südsudan in den Kategorien politische Transformation und Governance Verbesserungen zu verzeichnen hat, darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass er noch immer ein zerfallender Staat ist, der sich in einem fragilen Zustand zwischen Krieg und Frieden befindet.

Politische Transformation

Die Anzahl der Autokratien steigt. Während im BTI 2020 noch neun Demokratien im südlichen und östlichen Afrika zu finden waren, sank deren Anzahl im aktuellen Erhebungszeitraum auf sechs. Die Einordnung von Tansania als gemäßigte Autokratie markiert eine Zäsur, da es nunmehr keine Demokratie mehr gibt im östlichen Afrika. Auch im südlichen Afrika sinken die Werte für politische Transformation stetig. Die Maßnahmen, die zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie ergriffen wurden, haben die exekutiven Kompetenzen zulasten parlamentarischer, juristischer und zivilgesellschaftlicher Kontrollinstanzen gestärkt. Hoffnungsträger:innen zu finden gestaltet sich schwierig.

Seit über einem Jahrzehnt sind die Durchschnittswerte für politische Transformation im südlichen und östlichen Afrika kontinuierlich gesunken. Der zu verzeichnende Rückgang fügt sich in ein trauriges Gesamtbild ein und mit einem Transformationsstatus von 4,79 erreicht die Region einen neuen Tiefstand. Im östlichen Afrika findet sich mit der Herabstufung Tansanias in die Gruppe der gemäßigten Autokratien nun keine Demokratie mehr. Das Demokratieniveau ist allerdings nicht nur im östlichen Afrika gesunken (-0,17 Punkte im Vergleich zum BTI 2020), sondern mit der Herabstufung von Madagaskar und Sambia in die Gruppe der gemäßigten Autokratien nehmen auch im südlichen Afrika autoritäre und repressivere Regierungssysteme zu (Verschlechterung um -0,19 Punkte). Der schleichende Rückgang der demokratischen Qualität ist in beiden Teilen der Region seit 2008 zu beobachten. Lediglich die sechs verbliebenen Demokratien scheinen noch ausreichend resilient zu sein, um diesen demokratischen Rückschritt abwehren zu können.

Tab. 1: Entwicklungsstand der politischen Transformation

sich konsolidierende Demokratien	defekte Demokratien	stark defekte Demokratien	gemäßigte Autokratien	harte Autokratien
Werte 10 bis 8	Werte < 8 bis 6	Werte < 6	Werte ≥ 4	Werte < 4
Mauritius	Südafrika	Lesotho	Kenia	Ruanda
Botswana	Namibia		Uganda	Äthiopien ▼
	Malawi		Tansania ▼▼	Dschibuti
			Angola	Burundi
			Sambia ▼	Eswatini
			Madagaskar ▼	Südsudan ●
			Mosambik	Eritrea
			Simbabwe	Somalia ●

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2022. Die Länder sind entsprechend ihrer Systemkategorisierung und der Bewertung des politischen Transformationsstands angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2020, Punkte bezeichnen zerfallende Staaten.

Sowohl für das östliche als auch für das südliche Afrika lassen sich ähnliche Indikatoren für diesen Rückschritt identifizieren. Die Zunahme autoritärer Muster wird vor allem in einer schrittweisen Erosion demokratischer Institutionen und durch groben Wahlbetrug sichtbar. Insbesondere die Wahlen in Burundi, Mosambik, Tansania und Uganda waren von großen Unregelmäßigkeiten und Manipulationen geprägt. Der National Council for the Defense of Democracy – Forces for the Defense of Democracy (CNDD-FDD) unter Präsident Évariste Ndayishimiye, der dem plötzlich verstorbenen Präsidenten Pierre Nkurunziza folgte, gewann die burundischen Wahlen 2020 mit deutlicher Mehrheit. Wie in den vergangenen Jahren waren die Wahlen in Uganda und Tansania zusätzlich von Polizeigewalt gegenüber Oppositionskandidat:innen, Versammlungsverboten sowie von Fälschungen und Betrug bei der Wählerregistrierung und Stimmabgabe geprägt. In Uganda sicherte sich Präsident Yoweri Museveni im Januar 2021 seine sechste Amtszeit. Die Wahl ging einher mit einem Blackout des Internets und der sozialen Medien. Die Opposition erhielt keinen Zugang zu Radio- und Fernsehsendern und Wahlkampfveranstaltungen wurden verboten, offiziell, um die Ausbreitung des Coronavirus zu verhindern. Die Opposition um Präsidentschaftskandidat Robert Kyagulanyi beklagte, dass die COVID-19-Maßnahmen nur als Vorwand genutzt wurden, um ihren Einfluss zu verringern, da Wahlkampfveranstaltungen der regierenden Nationalen Widerstandsbewegung (NRM) ungeachtet der geltenden Beschränkungen stattfinden konnten. Die 2019 abgehaltenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Mosambik waren für Beobachter die am stärksten manipulierten Wahlen in der Geschichte des Landes. Um eine absolute Mehrheit für Filipe Nyusi bereits in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen zu sichern, war nicht nur am Wahltag von Wahlbetrug die Rede. Ebenso kam es bereits bei der Registrierung zu starken Unregelmäßigkeiten. In der Oppositionshochburg Sofala waren die Zulassungen zur Wahl begrenzt. In der Regierungshochburg Gaza wuchs dagegen die Anzahl der wahlberechtigten Personen um 300.000 – eine wahlberechtigte Bevölkerung, die nicht mit den Zahlen des letzten Zensus von 2017 für die Region übereinstimmt. Teile der Bevölkerung aus drei Distrikten in Cabo Delgado durften gar nicht erst zur Wahl gehen – offiziell aus Sicherheitsgründen. 2016 hat der tansanische Präsident John Magufuli alle politischen Kundgebungen bis zur nächsten Präsidentschaftswahl 2020 mit der Begründung verboten, dass es an der Zeit sei, dass sich die Gesellschaft auf die Entwicklung des Landes und weniger auf die Politik konzentriere. Die trotz der COVID-19-Pandemie abgehaltenen Wahlen im Herbst 2020 beschernten der Partei der Revolution (CCM) und Präsident Magufuli (84% der Stimmen) überwältigende Siege. Die Opposition konnte 8 Sitze aus den Wahlkreisen gewinnen, die übrigen 256 Sitze fielen an die CCM. Die im November 2019 abgehaltenen Wahlen wurden seitens der Opposition boykottiert, da im Vorfeld 90% ihrer Kandidat:innen von der Wahl ausgeschlossen worden waren.

Die 2020 abgehaltenen Wahlen in Malawi, Mauritius und Namibia wurden im Allgemeinen als frei und fair bezeichnet. Demokratische Wahlen scheinen in diesen drei Ländern also zu funktionieren. Die malawischen Präsidentschaftswahlen von 2019 waren vom obersten Gerichtshof wegen groben

Missmanagements annulliert und 2020 erneut abgehalten worden. Oppositionskandidat Lazarus Chakwera wurde zum Präsidenten gewählt. Die Wahlen in Namibia verliefen ohne rechtliche Eingriffe. Erwähnenswert ist, dass die Unterstützung für die Befreiungsbewegung Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO), die seit der Unabhängigkeit regiert, stark abgenommen hat.

Die für 2020 geplanten Wahlen in Äthiopien und Dschibuti wurden auf Grund der COVID-19-Pandemie ins Jahr 2021 verschoben. Trotz dieser Verschiebung hielt die äthiopische Region Tigray im September 2020 regionale Wahlen ab. Die nationale Regierung um Ministerpräsident Abiy erklärte diese Wahlen für illegal und entsandte das Militär in die Region. Seitdem dort Ende November 2020 die Regierung durch eine von der Zentralregierung eingesetzte Übergangsregierung abgelöst wurde, herrscht in Tigray ein blutiger Bürgerkrieg. Der noch 2018 für seine Reformen gefeierte Ministerpräsident und Friedensnobelpreisträger Abiy geht nun repressiver gegen Oppositionelle vor und sein angekündigter Reformkurs ist ins Stocken geraten. Die auf Juni 2021 verschobenen Parlamentswahlen wurden Anfang Juni 2021 erneut verlegt auf den 21. Juni. Dafür erntete Abiy zusätzliche Kritik, da ihm vorgeworfen wurde, sich so unrechtmäßig im Amt zu halten. Premierminister Abiy gewann die Wahlen mit einem überwältigenden Sieg und konnte seiner Wohlfahrtspartei über 400 der 436 zu vergebenden Mandate sichern. Die zwei wichtigsten Oppositionsparteien boykottierten die Wahlen mit der Begründung, dass ihre Kandidat:innen festgenommen und ihre Büros angegriffen worden seien. 20% der Wahlkreise waren von der Wahl ausgeschlossen – u.a. alle in der vom Bürgerkrieg zerrütteten Region Tigray. Ob in diesen Gebieten eine Nachwahl stattfinden wird, ist ungewiss.

Die Erosion demokratischer Institutionen lässt sich an der sukzessiven Aushöhlung der Gewaltenteilung beobachten. Eine besondere – negative – Erwähnung finden hier Madagaskar, Sambia und Tansania. Die Personalisierung der Macht durch aufeinanderfolgende Präsidenten hat die Funktionsweise, die Transparenz und die Unabhängigkeit der Institutionen in Madagaskar stark beeinträchtigt. Ein 2019 verabschiedetes Gesetz gab dem Präsidenten vorübergehend das Recht, die Gesetzgebung per Verordnung zu gestalten. Darüber hinaus ist der Senat nicht befugt, alleine Gesetze zu erlassen. Diese Gesetzgebung durch Verordnungen wurde am 16. Juli 2019 zwar für beendet erklärt, Präsident Andry Rajoelina führt diesen Regierungsstil in der Praxis ungeachtet dessen fort. Auch in Tansania hat sich Präsident Magufuli den rechtlichen Rahmen geschaffen, durch Erlasse zu regieren. Durch eine umstrittene Änderung des Tanganyika Law Society Act hat die Regierung Anfang 2020 ihre Kontrolle über die formell autonome Anwaltskammer des Landes verstärkt. Der autoritäre Regierungsstil des Präsidenten, der auf seinen persönlichen Direktiven und einer Missachtung formaler Verfahren beruhte, schwächte die demokratischen Institutionen in Tansania erheblich. In Sambia ist vor allem eine Aushöhlung der Judikative zu beobachten. Ihre Beschneidung durch die Exekutive hat das öffentliche Ansehen der Justiz stark beeinträchtigt. Die Mitglieder der Judicial Service Commission, die die Richter im Land beruft, werden von der Exekutive ernannt. Als Folge der Einflussnahme der Exekutive, gehen Gerichte nur selten gegen deren Vertreter:innen vor. Zwischen 2015 und 2019 sank Sambias Wert für die Unabhängigkeit der Justiz im "Global Competitiveness Report" des Weltwirtschaftsforums dramatisch von 4,0 auf 2,7.

Die Bedrohung der Meinungs- und Pressefreiheit und die Einschränkung des öffentlichen Raumes äußern sich insbesondere in der Zunahme von Drohungen gegen und gewaltsamen Attacken auf Journalist:innen und in Versammlungsverboten. Die verhängten Ausgangssperren, Versammlungsverbote und erlassenen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie wurden von den Regierungen zusätzlich genutzt, um den Einfluss regimekritischer Medien zu schwächen und Oppositionskandidat:innen zu verhaften. Die Niederschlagung von Protesten und die Einschränkungen der Medienfreiheit waren besonders umfangreich in Tansania. Seit 2016 ist es politischen Parteien in Tansania verboten, die meisten ihrer Aktivitäten durchzuführen und Demonstrationen abzuhalten. Tansania ist im World Press Freedom Index 2020 von Reporter ohne Grenzen weiter zurückgefallen und liegt nun auf Platz 124 von 180 Ländern. Seit Amtsantritt von Präsident Magufuli ist das Land um 55 Plätze gefallen, mehr als jedes andere Land der Welt. Journalist:innen, die über COVID-19 in Tansania berichtet haben, wurden

bedroht, belästigt, angegriffen und sogar getötet. Eine leichte Verbesserung im Bereich der Pressefreiheit ist im Südsudan zu verzeichnen. Reporter ohne Grenzen berichten, dass in den Jahren 2018 und 2019 kein Journalist getötet wurde und seit Ende des Bürgerkrieges im Februar 2020 konnte sich der Südsudan im Index der Organisation um einen Platz im Vergleich zu 2019 verbessern. Diese leichte Verbesserung kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Land noch immer ein zerfallender Staat ist, in dem Oppositionskandidat:innen, Menschenrechtsaktivist:innen oder auch Journalist:innen schikaniert, festgenommen und inhaftiert werden.

In den demokratisch regierten Ländern der Region bleibt die Zustimmung zur Demokratie in der Bevölkerung ganz überwiegend konstant. Besonders stark ausgeprägt ist diese in Botswana und Mauritius. Während in Mauritius die grundsätzliche Unterstützung für demokratische Normen und Verfahren sehr hoch ist und bleibt, zeigt sich dort gleichzeitig eine abnehmende Zufriedenheit mit der aktuellen Leistung der demokratischen Institutionen. So gibt nur die Hälfte der Bevölkerung an, mit dieser zufrieden zu sein. Dabei spielt der Umgang der Regierung mit der COVID-19-Pandemie eine Rolle, aber vielmehr noch mit der Ölkatastrophe, die sich im Juli 2020 ereignete. Diese Diskrepanz zwischen einer grundsätzlich positiven Haltung gegenüber den Normen und Verfahren der Demokratie in weiten Teilen der Bevölkerung auf der einen Seite und einer gleichzeitigen Unzufriedenheit mit der Performanz der demokratischen Institutionen und der gewählten politischen Entscheidungsträger:innen, findet sich auch in anderen Demokratien. So erfährt in Malawi die Demokratie als Regierungsform große Unterstützung, während rund zwei Drittel der Bevölkerung mit dem Output der politischen Institutionen unzufrieden sind. Außerdem herrscht unter den Menschen der Eindruck, die politische Führungsriege untergrabe mutwillig demokratische Normen, während sie ihre persönlichen oder politischen Interessen verfolgt. Dass die Unzufriedenheit mit der Performanz der Demokratie mit einer niedrigeren Unterstützung demokratischer Werte und Normen einhergehen kann, kann in Südafrika beobachtet werden. Eine Afrobarometerumfrage aus dem Frühjahr 2021 zeigt auf, dass mehr Südafrikaner:innen unzufrieden als zufrieden mit dem Zustand ihrer Demokratie sind. Die Frustration der Bürger:innen, die hier zum Ausdruck kommt, hängt mit der grassierenden Korruption, dem langsamen Wirtschaftswachstum und der mangelnden sozioökonomischen Entwicklung im letzten Jahrzehnt zusammen. Eine Mehrheit der Befragten wäre bereit, auf demokratische Ideale und Institutionen wie regelmäßige Wahlen zu verzichten, wenn ein nicht gewählter Regierungschef besseres wirtschaftliches Wachstum oder weniger Kriminalität garantieren würde. In Lesotho, dem einzigen Land der Region in dem sich die Zustimmung zur Demokratie insgesamt leicht verschlechtert hat, ist die Bewertung der Leistungsfähigkeit der Regierungsform ebenfalls ein zentraler Treiber dieser Entwicklung. Die Basotho werfen der Regierung vor, keine nationale Strategie zur Bekämpfung der Corona-Pandemie gefunden zu haben und sind zudem darüber verärgert, dass es dieser nicht gelingt, das Land zu modernisieren.

Wenngleich die Anzahl der sich konsolidierenden und defekten Demokratien im südlichen Afrika unverändert zum BTI 2020 geblieben ist, ist die politische Kultur insgesamt zunehmend von Polarisierung und Illiberalität geprägt, die autoritären Tendenzen immer mehr Vorschub zu leisten drohen. Die getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus wie Versammlungsverbote oder erweiterte Regierungsbefugnisse zu Gunsten der Exekutive, haben die sich andeutenden autoritären Tendenzen zusätzlich beschleunigt.

Wirtschaftliche Transformation

Wirtschaftlicher Aufschwung bleibt weiterhin aus. Die wirtschaftliche Entwicklung in den meisten Ländern des südlichen und östlichen Afrikas stagniert. Die Grenzsicherungen, verhängten Ausgangssperren und internationalen Handelsbeschränkungen auf Grund der COVID-19-Pandemie haben zu einem dramatischen Rückgang der (markt)wirtschaftlichen Entwicklung und einem Anstieg von Armut geführt. COVID-19 hat strukturelle wirtschaftliche Defizite deutlich gemacht, denen sich die Länder der Region stellen müssen, um den bestehenden Abwärtstrend nicht noch zusätzlich zu beschleunigen.

Die sozioökonomische Entwicklung stagniert oder ist rückläufig. Botswana hat die größten Verluste im aktuellen Erhebungszeitraum erlitten und rutscht in die Kategorie eingeschränkter wirtschaftlicher Transformation ab. Tansania hat im selben Zeitraum den Status eines Landes mit niedrigem mittlerem Einkommen erreicht und steigt eine Kategorie auf. Simbabwe ist nach einer Verbesserung im BTI 2020 wieder in die Kategorie rudimentärer wirtschaftlicher Transformation abgerutscht. Ein Drittel der Länder im südlichen und östlichen Afrika erreicht wie auch im BTI 2020 einen eingeschränkten oder fortgeschrittenen wirtschaftlichen Transformationsstand. Der größte Teil dieser Länder ist in der Kategorie „eingeschränkte wirtschaftliche Transformation“ eingeordnet.

Tab. 2: Entwicklungsstand der wirtschaftlichen Transformation

weit fortgeschritten Werte 10 bis 8	fortgeschritten Werte < 8 bis 7	eingeschränkt Werte < 7 bis 5	stark eingeschränkt Werte < 5 bis 3	rudimentär Werte < 3
	Mauritius	Botswana ▼ Südafrika Kenia Ruanda Namibia Uganda Tansania ▲	Lesotho Dschibuti Madagaskar Malawi Sambia Mosambik Angola Eswatini Äthiopien Burundi	Simbabwe ▼ Südsudan Somalia Eritrea

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2022. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung des wirtschaftlichen Transformationsstands angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2020.

In Tansania wurden die mit COVID-19 verbundenen Einschränkungen der Wirtschaft bereits im Mai 2020 aufgehoben. Lediglich die internationalen Reisebeschränkungen auf Grund der COVID-19-Pandemie führten zu einem starken Einbruch im Tourismussektor. Dieser Verlust wurde durch gestiegene Goldexporterlöse ausgeglichen. Tansanias jährliche Wachstumsrate ging daher laut der Weltbank nur von um die 6% 2019 auf 2% im Jahr 2020 zurück. Das Land erreichte im Juli 2020 den Rang eines Landes mit geringem mittlerem Einkommen. Allerdings kommt dieser Aufschwung bei der Mehrheit der Bevölkerung nicht an. Die nationale Armutsquote ist zwar von 34% im Jahr 2007 auf 26,4% im Jahr 2018 gesunken. Aufgrund des anhaltend hohen Bevölkerungswachstums von jährlich 3,1% stieg die absolute Zahl der Armen im gleichen Zeitraum jedoch von 13 auf 14 Millionen.

Die Unterbrechung von Handelsrouten hat vor allem die exportabhängigen Volkswirtschaften stark getroffen, wie zum Beispiel Botswana. Das Rückgrat der botswanischen Wirtschaft stellt der Diamantensektor dar, der laut Daten der Weltbank knapp 35% der Wirtschaftsleistung ausmacht. Grenzsicherungen und Handelsunterbrechungen als Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus erklären den Einbruch der botswanischen Wirtschaftskraft, da 2020 und auch 2021 der Absatzmarkt für Diamanten in China, den USA und der Europäischen Union weggebrochen ist. Die COVID-19-Pandemie hat die Vulnerabilität des botswanischen Wirtschaftssektors, vor allem die starke Abhängigkeit von

Mineralienexporten, deutlich gemacht. Die Arbeitslosenquote ist laut ILOSTAT von 17,6% (2019) auf 23,2% (2020) angestiegen. Auch Angola und Sambia, die von Rohstoffexporten abhängig sind, spüren die Krise besonders stark. Der Verfall der Rohstoffpreise macht Angolas Wirtschaft seit Jahren schwer zu schaffen und führt zu einer Verstärkung negativer Wachstumsraten seit 2015. Der Einbruch der Wirtschaftskraft in Südafrika hat die offiziellen Arbeitslosenzahlen laut dem IWF auf 29,2% ansteigen lassen. Diese Entwicklung ist nicht nur das Resultat der COVID-19-Pandemie, sondern eines seit einem Jahrzehnt anhaltenden langsamen Wirtschaftswachstums. Dieses ist auf eine Kombination aus finanzieller Misswirtschaft und Korruption innerhalb des Staates, insbesondere unter dem ehemaligen Präsidenten Jacob Zuma, sowie auf ein hohes Maß an Armut und Ungleichheit zurückzuführen. Das Ausmaß der COVID-19-Pandemie hat die wirtschaftliche Leistung des Landes zusätzlich erschüttert. Von der Weltbank als „Land mit mittlerem Einkommen“ eingeordnet, erreicht Südafrika lediglich einen jährlichen Wachstumswert von 1,5%, während der Mittelwert aller Länder in dieser Kategorie 5% ist.

Die schwache beziehungsweise rückläufige wirtschaftliche Leistungsstärke der Region ist ebenso Ausdruck des großen informellen Sektors und der steigenden Ungleichheit, die nicht erst durch die COVID-19-Pandemie zu einem Problem geworden ist. Hinzu kommt der demografische Druck: Nach Angaben der Weltbank ist die Bevölkerung im südlichen und östlichen Afrika auf über 528 Millionen Menschen im Jahr 2020 angestiegen – eine Steigerung um 77% seit 2009. Die Schieflage der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu Gunsten staatlicher Investitionen in prestigeträchtige Großprojekte setzt sich in der gesamten Region seit mehr als einer Dekade fort. Die volkswirtschaftliche Ausrichtung mit einem sehr engen Verständnis von Infrastruktur, mit einem Fokus auf Straßen und Transport, untergräbt einen ganzheitlicheren Ansatz für Entwicklung im südlichen und östlichen Afrika. Über alle Länder hinweg ist es vor allem die junge Generation, die kaum über Möglichkeiten verfügt, Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden, was wiederum die Beschäftigung im informellen Sektor dramatisch ansteigen lässt.

Aus einer makroökonomischen Perspektive behindert der informelle Sektor das wirtschaftliche Wachstum, erschwert den Aufbau eines durch Angebot und Nachfrage regulierten Marktes, er erhöht die Unterschiede in den Gehältern und sorgt somit für eine zunehmende Ungleichheit. Die Gutachten des BTI 2022 verdeutlichen, dass sich die Größe des informellen Sektors auf mehrere Funktionsbereiche der Ökonomien der Region auswirkt und sich entsprechend auch in mehreren BTI-Indikatoren niederschlägt. Die Werte für die Marktordnung liegen lediglich in Botswana, Mauritius und Südafrika im guten Bereich. Die restlichen 19 Länder finden sich auf oder unterhalb des „mäßigen“ BTI-Wertes von 6. Bemühungen um den Aufbau systematischer sozialer Sicherungssysteme bleiben in den meisten Ländern der Region rein kosmetischer Natur. Der regionale Durchschnittswert stagniert seit Jahren bei einem Wert um 4,10. Einzig Mauritius weist recht gute wohlfahrtsstaatliche Systeme auf. Dagegen zeigt sich die Regierung in Äthiopien unfähig soziale Absicherung zu gewährleisten. Insbesondere die Region Tigray wird von den wenigen Hilfsleistungen, die durch die Regierung gewährt werden, grundsätzlich ausgeschlossen. Der Bürgerkrieg, der seit Ende 2020 tobt, hat die ohnehin schon prekäre Lage verschärft. In Kenia erreichen zwar soziale Absicherungssysteme immer mehr Haushalte, das Augenmerk der Regierung liegt aber hauptsächlich auf der städtischen, im formalen Sektor arbeitenden Bevölkerung. Die Mehrzahl der Menschen arbeitet nicht freiwillig in der informellen Wirtschaft, sondern als Folge mangelnder Möglichkeiten in der formellen Wirtschaft und wegen des Fehlens anderer Existenzgrundlagen. Der immense informelle Sektor, kaum existierende soziale Absicherungssysteme und die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie haben die Anzahl der Menschen, die von weniger als 3,2 US-Dollar pro Tag leben, ansteigen lassen. Besonders betroffen von Armut sind Madagaskar und der Südsudan. Daten der Weltbank verdeutlichen, dass fast 90% der Bevölkerung in beiden Ländern von weniger als 3,2 US-Dollar pro Tag leben. Dies trifft vor allem 80% der ländlichen Bevölkerung, ein Wert zweimal höher als im urbanen Raum.

Studien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) von 2019 und der Weltbank von 2021 kommen zu dem Schluss, dass die Verbesserung des Bildungsniveaus ein Schlüsselfaktor zur Überwindung der Informalität ist. Mit steigendem Bildungsniveau geht weltweit der Anteil der in der informellen Wirtschaft

arbeitenden Menschen zurück. Die Wahrscheinlichkeit im informellen Sektor zu arbeiten, ist für Menschen mit Sekundär- oder Tertiärausbildung geringer als für jene, die entweder keine Ausbildung oder lediglich Primärbildung besitzen. Einerseits verbessert sich zwar der Zugang zu Schulen in der Region stetig, andererseits werden seit Jahren bestehende strukturelle Probleme nicht angegangen. Mittelfristig wird soziale Ungleichheit dadurch weiter zunehmen. Seit Mitte der 1990er Jahre haben alle Länder der Region einen kostenlosen Zugang zu Primärbildung geschaffen, mit Ausnahme von Angola und Somalia. Dies ermöglicht mehr Schüler:innen, Bildungsstätten zu besuchen. Das spiegelt sich auch im Rückgang von Analphabetismus wider. Daten von UNESCO-STAT verdeutlichen, dass seit 1990 beim männlichen Teil der Bevölkerung die Analphabetismus Quote um 10% gesunken ist und beim weiblichen um 13%. Kenia steht beispielhaft für die genannten Fortschritte und die weiterhin bestehenden Probleme. Im aktuellen Erhebungszeitraum besuchten dort fast 100% aller Kinder im Grundschulalter eine primäre Bildungseinrichtung. Der Wegfall der Schulgebühren für Sekundärbildung im Jahr 2008 hat in Kenia seitdem auch zu einem Anstieg der Schüler:innenzahlen in weiterführenden Schulen geführt. Diesen positiven Entwicklungen steht allerdings ein Qualitätsverlust des Unterrichtes sowie ein Mangel an Schulmaterialien gegenüber. Die Investition in kostenfreie Bildung geht zu Lasten der Schulinfrastruktur. Die meisten Schulen befinden sich in einem schlechten baulichen Zustand und sind somit teilweise für den Unterricht nicht nutzbar.

Insgesamt bleibt eine zentrale Schwachstelle in vielen Ländern der Region der nach wie vor schlechte Zugang zu Schulen im ländlichen Bereich. Dies wird durch ein Fehlen von Lehrkräften verstärkt. Ein weiteres Problem bleibt der ungleiche Zugang zu weiterführenden Schulen und Universitäten. Mädchen brechen häufiger als Jungen die Schulausbildung nach der Primärbildung ab, entweder auf Grund von Schwangerschaften oder um im familiären Haushalt zu helfen. Besonders hoch ist die Abbruchquote von Mädchen in Tansania. Ebenso gibt es in dem Land eine starke Diskrepanz im Verhältnis von Jungen und Mädchen in weiterführenden Schulen. Dies liegt vor allem auch daran, dass es Mädchen dort im Jahr 2019 per Gesetz verboten wurde, wieder in die Schule zurückzukehren, sollten diese während der Schulzeit schwanger werden. Die daraus resultierende niedrige Chancengleichheit verfestigt sich seitdem. Alle Länder des südlichen und östlichen Afrikas werden gemäß des Gini-Koeffizienten in die Kategorien „mäßig ungleich“ (≤ 30) bis „sehr stark ungleich“ (≤ 43) eingruppiert. 12 von 22 Länder werden als „sehr stark ungleich“, 5 als „stark ungleich“ und 4 als „mäßig ungleich“ eingestuft. Südafrika ist mit einem Gini-Koeffizienten von 63 das ungleichste Land der Region. Vor allem das südliche Afrika zählt zu den Regionen mit der größten Chancenungleichheit weltweit.

Die Chancenungleichheit wird durch die COVID-19-Pandemie zusätzlich verstärkt. Die Schulschließungen und die Umstellung auf Distanzunterricht auf Grund der COVID-19-Pandemie drohen, die langsam und punktuell errungenen Fortschritte im Bildungssektor zunichtezumachen. Lediglich Kinder aus wohlhabenden Familien hatten die Möglichkeit, am Distanzunterricht teilzunehmen, da diese über die nötige technische Ausrüstung oder alternativ über finanzielle Mittel verfügten, um sich eine private Lehrkraft leisten zu können. Viele Schüler:innen haben nicht nur ein Jahr Schulausbildung verloren, sondern werden gar nicht mehr in die Schule zurückkehren, wodurch die soziale Ungleichheit weiter ansteigen wird. Mädchen wurden während der Schulschließungen in ihrer Umgebung wieder häufiger Opfer von sexualisierter häuslicher Gewalt und Zwangsehen. Laut dem Internationalen Roten Kreuz haben sich Teenager-Schwangerschaften vor allem in den ländlichen Regionen Ostafrikas gegenüber 2019 verdreifacht. Durch COVID-19 haben viele Eltern ihre Beschäftigung verloren, weswegen Kinder sich Arbeit im informellen Sektor suchen müssen, um die Familie zu ernähren und finanziell zu unterstützen.

Sowohl die Schuldenlast als auch die Inflationsrate in der Region geben Anlass zur Sorge. Alle Länder der Region, mit Ausnahme von Tansania, werden vom IWF in die Gruppe „Schuldenkrise“ eingestuft. Die Länder Mosambik, Simbabwe und Somalia werden sogar in der Kategorie „akute Schuldenkrise“ geführt. Ebenso besorgniserregend ist die ansteigende Inflationsrate, die im Jahr 2020 14,5% im regionalen Durchschnitt erreichte. Die Region braucht eine nachhaltige Wiederbelebung des Wachstums, auch durch eine sorgfältige Neuausrichtung der politischen Prioritäten.

Governance

Die Governanceleistung in den Ländern des südlichen und östlichen Afrikas hat sich nur minimal verschlechtert. COVID-19 hat zu Spannungen in der regionalen Kooperation geführt. Die Durchschnittswerte für Governance sind in der Region weniger stark eingebrochen als es der Einbruch im Bereich politischer Transformation vielleicht vermuten lässt. Im Vergleich zum BTI 2020, in welchem die durchschnittlichen Governance-Werte für die Region leicht angestiegen sind, ist nun wieder ein Rückgang um -0,13 zu verzeichnen. Dieser fügt sich damit in den seit 2010 anhaltenden negativen Trend ein. Lediglich Angola und Lesotho konnten ihre Governanceleistungen verbessern, wodurch Angola in die Kategorie mäßiger Governance-Qualität aufsteigt. Botswana, Mosambik, Sambia und Simbabwe rutschen eine Kategorie ab.

Tab. 3: Qualität der Governance

sehr gut	gut	mäßig	schwach	gescheitert
Werte 10 bis 7	Werte < 7 bis 5,6	Werte < 5,6 bis 4,3	Werte < 4,3 bis 3	Werte < 3
	Botswana ▼	Ruanda	Äthiopien ▼	Simbabwe ▼
	Mauritius	Dschibuti	Mosambik ▼	Somalia
	Südafrika	Namibia	Sambia ▼	Südsudan
	Malawi	Madagaskar	Lesotho	Eritrea
		Uganda	Burundi	
		Kenia	Eswatini	
		Angola ▲		
		Tansania		

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2022. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung im Governance-Index angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2020.

Die Hoffnung auf eine Verbesserung des Transformationsmanagements in Simbabwe in der Post-Mugabe Zeit wurde im aktuellen Erhebungszeitraum zerschlagen. Die innerstaatliche Konfliktintensität ist angestiegen, vor allem durch die zunehmend repressive Politik der Mnangagwa Regierung gegenüber der politischen Opposition. Systematische Maßnahmen, die auf die Zerschlagung der Opposition abzielen, nehmen zu. Während des gesamten Jahres 2020 waren mehrere hochrangige Mitglieder der Partei Bewegung für Demokratische Veränderung – Allianz (MDC-A), darunter der Parteisprecher Fadzayi Mahere, der Bürgermeister von Harare Jacob Mafume und der Vizepräsident und ehemalige Finanzminister Tendai Biti willkürlichen Verhaftungen ausgesetzt und wurden lange in Untersuchungshaft festgehalten. Die ansteigende Konfliktintensität schlägt sich auch in einem Stillstand politischer Dialogbereitschaft nieder. Die derzeitige Pattsituation um den Aufbau eines Dialogforums zwischen der Partei Afrikanische Nationalunion von Simbabwe – Patriotische Front (Zanu-PF) und der MDC-A ist bezeichnend für das weiterhin polarisierte Umfeld in Simbabwe. Andere, inklusivere Dialoginitiativen, z. B. der Kirchen, scheiterten an der mangelnden Bereitschaft der wichtigsten politischen Akteure.

Die Herabstufung Botswanas von einer „sehr guten“ zu einer „guten“ Governanceleistung ist unter anderem auf eine weniger effektive Bekämpfung der Korruption zurückzuführen. Die Unabhängigkeit und Integrität der Antikorruptionsbehörde DCEC wurde auch dadurch beeinträchtigt, dass Präsident Mokgweetsi Masisi wiederholt in deren Arbeit eingriff und seit April 2018 drei Mal den Generaldirektor austauschte. Ebenso zeigt sich der Präsident zunehmend rücksichtslos gegenüber seinen Gegnern und den privaten Medien. Einerseits ging er innerhalb seiner Partei aktiv gegen potenzielle Rival:innen vor, wie im Fall seiner Parteikollegin Pelonomi Venson-Moitoi. Diese erklärte, ihn in seinem Amt des Parteipräsidenten herausfordern zu wollen, über das auf einem Parteitag im April 2019 entschieden werden sollte. Sie wurde daraufhin medial verunglimpft, schikaniert und konnte keinen freien Wahlkampf führen. Venson-Moitoi entschloss sich schließlich, ihre Kandidatur zurückzuziehen, nachdem sie Anfang April 2019 erfolglos versucht hatte, die Entscheidung der Partei anzufechten, einigen ihrer Unterstützer die

Stimmberechtigung zu entziehen. Auch die Opposition bekam die Rücksichtslosigkeit des Präsidenten im Vorfeld der Wahlen im Oktober 2019 zu spüren. Oppositionspolitiker:innen beschuldigten Masisi staatliche Behörden zu nutzen, um seine Gegner zu schikanieren, insbesondere den Oppositionsführer Duma Boko. Die Oppositionspartei Dachverband für demokratischen Wandel (UDC) warf den staatlichen Behörden vor, die Ergebnisse der Parlamentswahlen 2019 zu Gunsten der Partei des Präsidenten beeinflusst zu haben.

Angola konnte als einziges Land seine Governancelistung verbessern. Präsident João Lourenço hat im Erhebungszeitraum mehrere Reformprozesse angestoßen, um vor allem internationale Geber und die internationale Gemeinschaft wieder für das Land zu interessieren. Dazu gehören eine Umstrukturierung der Governance des Ölsektors und eine Übertragung weiterer Kompetenzen an die Zentralbank von Angola zur Regulierung des Bankensektors, begleitet von einer öffentlichkeitswirksamen, wenn auch selektiven Korruptionsbekämpfung. Expert:innen sehen in diesen Reformprozessen einige Anzeichen dafür, dass strategische Prioritäten auf die Erfüllung der Anforderungen des IWF zugeschnitten werden.

Äthiopien erlitt den größten Verlust in absoluten Zahlen im Governance Bereich. Von dem noch 2018 für seine Reformbereitschaft und Bemühungen um verbesserte bilaterale und internationale Beziehungen gefeierten Premierminister und Nobelpreisträger Abiy Ahmed ist im aktuellen Erhebungszeitraum wenig übrig geblieben. Vor allem die innerstaatliche Konfliktintensität ist seit seinem Amtsantritt angestiegen. Landkonflikte und innerstaatliche Konfrontationen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppierungen um Landzuteilungen nehmen zu. Seit dem Einmarsch der äthiopischen Sicherheitskräfte in der nördlichen Region Tigray im November 2020 herrscht in der Region ein Bürgerkrieg. Die auch im BTI 2020 geäußerte Hoffnung Abiy werde strukturelle Probleme angehen, wurde enttäuscht. Die Regierung Abiy wendet die gleichen Methoden an, mit denen ihre Vorgänger die Oromo als größte ethnische Gruppe Äthiopiens einschüchterten. Die Maßnahmen umfassen Internetsperren, die Anwendung tödlicher Gewalt sowie Verhaftungen lokaler Anführer. Die Spaltungen entlang ethnischer Linien sind alt und tief verwurzelt und flammten in der ersten Hälfte des Jahres 2018 mit neuer Intensität auf - 1,4 Millionen Menschen waren gezwungen, vor ethnischen Konflikten im Westen des Landes zu fliehen. Diese Spannungen eskalierten in den Jahren 2019 und 2020 weiter, wobei viele Menschen getötet und Hunderttausende vertrieben wurden. Auch gegenüber Rat aus dem Ausland zeigt Abiy sich zunehmend resistent.

Die Fähigkeit zur Konsensbildung bleibt bei der überwältigenden Mehrheit der Länder im moderaten Bereich. In fünf der sechs Demokratien ist eine große Fähigkeit der politischen Führung zu konstatieren, einen breiten Konsens mit anderen gesellschaftlichen Akteuren über Reformen herzustellen, ohne vorhandene Reformziele aufzugeben (7 bis 10 Punkte). Lesotho, das Schlusslicht unter den Demokratien, befindet sich im Mittelfeld, auf einer Stufe mit Ruanda und Eswatini. In Lesotho konnten sich die wichtigsten politischen Akteure darauf einigen, die demokratischen Institutionen für die langfristige Entwicklung des Landes zu reformieren. Die Einrichtung der Nationalen Reformbehörde zur Überwachung der Reformagenda markiert den Beginn eines möglichen Neuanfangs in Lesotho. Wenngleich sich die Konsensbildungsfähigkeit in Angola und Tansania minimal verbessert hat, herrscht innerhalb der dominierenden Parteien die Meinung vor, dass diese unangefochten regieren können. Sie reagieren mit strenger Unterdrückung auf alles, was ihre Dominanz bedrohen würde. Auf einem unverändert niedrigen Niveau bleiben das hart autokratisch regierte Eritrea und die zerfallenden Staaten Somalia und der Südsudan. In Somalia geht die ständige Verschiebung von Parlamentswahlen mit einem zunehmend autoritären Herrschaftsstil einher und die gesellschaftlichen Spannungen und Spaltungen bleiben bestehen. Die Konsensbildung basiert dort eher auf langwierigen Clan-Verhandlungen als auf formalen politischen Prozessen. Im Südsudan kann von Konsensbildung derzeit keine Rede sein. Die letzten Jahre haben auch gezeigt, wie tief gespalten die Führung in der Frage ist, ob sie Frieden und Demokratie Priorität einräumen oder stattdessen weiter um die Macht kämpfen soll.

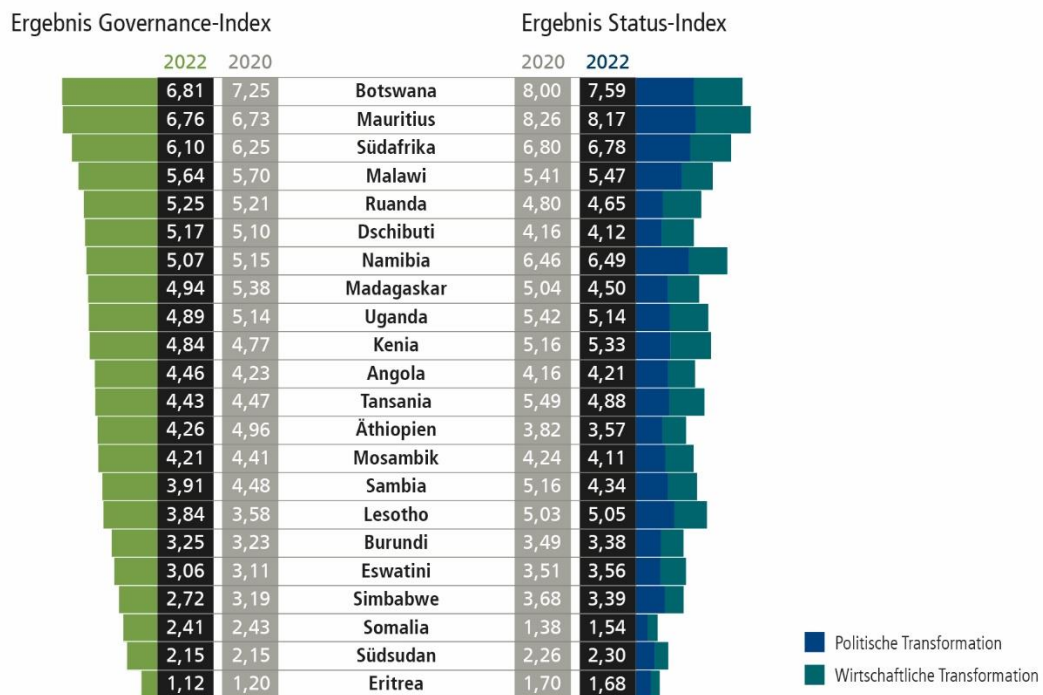
Die Effektivität, Reformprozesse zu steuern und politische Prioritäten umzusetzen, variiert in der Region. Neben den Demokratien sind es die autoritär regierten Länder Dschibuti, Ruanda und Tansania, die recht erfolgreich in der Implementierung ihrer politischen Prioritäten sind. Dschibuti zeigt sich besonders effektiv in der Implementierung seiner mit der „Vision 2035“ gesetzten Policy Ziele. Zentrale Aspekte der "Vision 2035" werden ohne Verzögerung umgesetzt. Neben dem Bau der Eisenbahnstrecke Dschibuti-Addis Abeba zählen die Einrichtung einer Freihandelszone und große Straßenbauprojekte zu den Erfolgsgeschichten. Dschibuti versucht, sich als das "Singapur Afrikas" oder das "nächste Dubai" zu positionieren und setzt dabei stark auf ausländische Finanzierungen für große Entwicklungsprojekte. Investitionen in den Hafen und die damit verbundene logistische Infrastruktur haben Priorität. Bezeichnenderweise hat Dschibuti mehrere Reformen durchgeführt, um das Investitionsklima zu verbessern. Allerdings schrecken das hohe Maß an Korruption und die lange Regierungszeit von Präsident Ismaïl Omar Guelleh sowie die Unsicherheiten bezüglich eines friedlichen Machtwechsels viele potenzielle internationale Investoren ab. COVID-19 beeinträchtigte das Wirtschaftswachstum und schränkte die Fähigkeit der Regierung ein, ihre kurzfristigen strategischen Ziele umzusetzen. Trotzdem startete die Regierung erfolgreich verschiedene Projekte im Einklang mit dem langfristigen Entwicklungsplan des Landes. Auch in Tansania konnte Präsident Magufuli die meisten seiner makroökonomischen Ziele realisieren. Sichtbare Verbesserungen gab es in Bezug auf die physische Infrastruktur (insbesondere Straßen), die Ausstattung von Schulen und Krankenhäusern, die Zuverlässigkeit der Stromversorgung, die bessere Nutzung der öffentlichen Ressourcen sowie die Arbeitsdisziplin der staatlichen Verwaltung. Dies war allerdings mit einer Top-Down-Führungskultur in den staatlichen Behörden und einer zunehmenden Zentralisierung der Entscheidungsfindung verbunden. Korruption, Diebstahl, Vetternwirtschaft, Veruntreuung, Nachlässigkeit und Straflosigkeit bleiben als strukturelle Defizite weiterhin bestehen. Die ruandische Regierung war ebenso erfolgreich in der Implementierung ihrer Politik, solange sie die Erwartungen ihrer Unterstützerbasis, der Elite, der höheren Funktionäre, der Armee- und Polizeioffiziere, der Parteifunktionäre und der Geschäftsleute, hinsichtlich ihres wirtschaftlichen und sozialen Status berücksichtigte.

Der Wille zu regionaler Zusammenarbeit bleibt im aktuellen Erhebungszeitraum gleichbleibend hoch. Allerdings ist eine leichte Verschlechterung in Bezug auf die Fähigkeit zu internationaler Zusammenarbeit zu verzeichnen. Der Wille zu Kooperation ist zum Teil auch mit der Abhängigkeit von internationaler Entwicklungshilfe zu erklären, aber nicht ausschließlich. Im südlichen Afrika ist die regionale Kooperation unverändert gut geblieben, auch wenn die Beziehungen Mosambiks zu Südafrika und Tansania zuletzt angespannter waren. Insbesondere Lesotho hat seine seit Jahren konstant guten Bemühungen um eine Verbesserung der regionalen Kooperation fortgesetzt und hat enorme Fortschritte in der Zusammenarbeit mit seinem Nachbarn Südafrika gemacht. Die beiden Länder haben ein Abkommen unterzeichnet, um einen schnelleren Grenzverkehr von Geschäftsleuten zu ermöglichen. Die COVID-19-Pandemie stellte die Bürger sowohl in Lesotho als auch in Südafrika vor große Herausforderungen. Die beiden Regierungen mussten besondere Vorkehrungen treffen, um den Waren- und Dienstleistungsverkehr zwischen ihren Ländern auch während harter Abriegelungen zu ermöglichen.

Im Gegensatz dazu war die regionale Kooperation in Ostafrika in den letzten zwei Jahren von Turbulenzen geprägt. Im Jahr 2019 eskalierten die Spannungen zwischen Uganda und Ruanda, wobei sich beide Seiten gegenseitig der Destabilisierungsbemühungen beschuldigten, was zur Schließung der Grenze mit hohen Kosten auf beiden Seiten führte. Auch die Handelsbeziehungen mit Kenia waren angespannt, insbesondere seit Kenia 2020 ugandische Milchprodukte effektiv vom Markt verbannt hat. Kenia und Tansania wird zudem vorgeworfen, Lastwagen mit ugandischen Nummernschildern mit höheren Straßenbenutzungsgebühren zu belegen. Die Schließung der Grenzen aufgrund der COVID-19-Pandemie hat den Handel innerhalb der Region weiter untergraben und zu Spannungen beigetragen, da es den Mitgliedern der Ostafrikanischen Union (EAC) nicht gelungen ist, einen koordinierten Krisenreaktionsansatz zu entwickeln.

Ausblick

Das dargestellte Transformationsgeschehen für den Zeitraum 2019-2021 lässt die Schlussfolgerung zu, dass das südliche und östliche Afrika in allen drei Untersuchungsdimensionen nicht nur auf der Stelle tritt, sondern ein schleichender Abwind zu spüren ist.



Der politische Ausblick für die Region legt die Vermutung nahe, dass bürgerliche Freiheitsrechte, politische Rechte, aber auch die Stabilität und Performanz politischer Institutionen weiterhin bedroht sein werden. Es scheint unwahrscheinlich, dass Eritrea, Somalia und der Südsudan nennenswerte demokratische Fortschritte erzielen werden. Autoritäre Langzeitherrscher in Ruanda oder Uganda werden ihre repressive Politik gegenüber einer zunehmend mutigeren Zivilbevölkerung verstärken. Die weitere Aushöhlung der Gewaltenteilung zu Gunsten der Exekutive wird zu einer zusätzlichen Schwächung demokratischer Institutionen führen. Gleichwohl lohnt sich ein genauerer Blick auf die beiden demokratisch klassifizierten Schwergewichte im südlichen Afrika, Botswana und Südafrika. Als Präsident Masisi am 1. April 2018 in Botswana die Nachfolge von Ian Khama antrat, herrschte eine gewisse Zuversicht, dass die Angst, die das Land unter Khama ergriffen hatte, schwinden würde. Doch genau wie dieser hat sich auch Präsident Masisi als unnachgiebig gegenüber seinen Gegnern erwiesen. Private Zeitungen berichteten über ansteigende Korruption durch Politiker:innen und hochrangige Beamte. Bei einigen von ihnen fiel die Strafverfolgung zurückhaltend aus. Diese Berichte lassen an der Glaubwürdigkeit der politischen Führung zweifeln. Die Regierung Masisi versäumte es, Reformen durchzuführen, persönliche Vermögenswerte offenzulegen und Zugang zu Regierungsinformationen zu gewähren, was in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckte, die Führung sei korrupt und dulde Korruption. Die demokratischen Institutionen in Südafrika sind bislang robust. Die Festnahme Jacob Zumas im Juli 2021 sehen viele als Beleg für die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaats. Die offensichtlich orchestrierten Plünderungen direkt im Anschluss an die Verhaftung des Ex-Präsidenten zeigen indes, wie weit sein Einfluss und der seiner Verbündeten reicht und welchen Umfang Korruption und „state capture“, die Vereinnahmung staatlicher Institutionen durch mächtige Interessengruppen, nach wie vor haben. Die Zukunft und der Zustand der Demokratie in Südafrika werden durch den Umgang mit den größten bestehenden wirtschaftlichen Herausforderungen bestimmt werden: Der hohen Arbeitslosigkeit, ansteigender Armut und Ungleichheit.

Sie sind in der gesamten Gesellschaft allgegenwärtig und behindern die politische Transformation. Die COVID-19-Krise hat sowohl die Schwere dieser Herausforderungen hervorgehoben als auch das Problem verschlimmert. Der Governance-Erfolg des Staates und die Förderung einer integrativen und kohäsiveren Gesellschaft, hängen davon ab, dass die Regierung Maßnahmen einleitet, um Ungleichheit und Armut zu verringern und gleichzeitig mehr Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Im aktuellen Erhebungszeitraum gab es keine größeren Umwälzungen in Kenia. Die derzeitige politische Stabilität im Land ist aber brüchig. Im Laufe des Jahres 2021 werden die politischen Spannungen erneut ansteigen, da die verschiedenen Kandidaten für die Nachfolge von Präsident Uhuru Kenyatta in den Wettstreit treten. Im Laufe des Jahres 2020 wurden zahlreiche Luo-Anhänger aus politischen und administrativen Ämtern entfernt. Parallel baut Präsident Kenyatta sein Patronage Netzwerk an strategischen Stellen mit Kikuyu Anhängern aus. Die Zeichen häufen sich damit, dass Kenyatta mit seinem Versprechen brechen wird, Vizepräsident Ruto als Präsidentschaftskandidaten der regierenden Partei zu unterstützen. Die anhaltende Debatte um die Präsidentschaftsnachfolge hat neue Allianzen zwischen ehemaligen Gegnern und Feindschaften geschaffen, zumal der derzeitige Vizepräsident Ruto zu einer Gegenstimme gegen den derzeitigen Präsidenten geworden ist. Traditionelle politische Rivalen haben daran gearbeitet, ihre Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken, während etablierte Allianzen auseinanderbrechen und neue ethnopolitische Spaltungen drohen. Das Land sieht sich also zunehmend mit der Gefahr von Spannungen zwischen ethnischen Gruppen und dem Einsatz hart durchgreifender Sicherheitskräfte konfrontiert, bei dem Versuch der Regierung, die Situation unter Kontrolle zu halten.

Ansätze politischer Reformen nach dem Wechsel an der Staatsspitze in Tansania lassen etwas Hoffnung in Ostafrika aufkeimen, dass der autoritäre Kurs des ehemaligen Präsidenten Magufuli endet. Dieser ist im März 2021 überraschend verstorben. Vizepräsidentin Samia Suluhu Hassan übernahm verfassungsgemäß das Amt. Während Magufuli die Existenz der COVID-19-Pandemie dementierte, erkennt die neue Präsidentin an, dass Tansania das Virus nicht wegwünschen kann. Innerhalb von drei Wochen nach ihrem Amtsantritt bildete sie ein Expertenkomitee, das sie zum Status von COVID-19 im Land und den notwendigen Schritten zum Schutz der Menschen beraten sollte. Ob ihre Äußerungen einen großen Unterschied in der Wahrnehmung rund um COVID-19 machen, bleibt abzuwarten. In den ersten Wochen ihrer Präsidentschaft wies sie das Informationsministerium an, das Verbot von Medien aufzuheben, die wegen Kritik an der früheren Regierung mundtot gemacht worden waren. Auch wenn Präsidentin Hassan begonnen hat, Veränderungen einzuleiten, hatte Magufuli in seinen fast sechs Jahren im Amt einen großen Einfluss auf das Land, der sich nicht in wenigen Tagen ändern lässt. Während die Tansanier die neue Richtung, die Präsidentin Hassan einzuschlagen scheint, grundsätzlich begrüßen, hat sich in der kurzen Zeit, seit sie im Amt ist, erst wenig getan, um die wichtigsten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Maßnahmen Magufulis zu ändern.

In Sambia hat sich bei den Präsidentschaftswahlen im August 2021 überraschend der Oppositionskandidat Hakainde Hichilema gegen den amtierenden Präsidenten Edgar Lungu durchgesetzt. Überraschend, da die Wahlen unter den schwierigsten Bedingungen in der Geschichte des Landes durchgeführt worden sind. Im Vorfeld hat Präsident Lungu unter anderem die Polizei und ein Gesetz zur Neuordnung von öffentlichen Auftritten und Kundgebungen genutzt, um Wahlkampfveranstaltungen von Hichilema zu unterbinden und seine Unterstützer:innen bei Missachtung zu verhaften. Der Wahltag war von Internetblockaden und einer starken Militärpräsenz in den Oppositionshochburgen gekennzeichnet. Trotz dieser Einschüchterungsversuche erhielt die Opposition 59% der abgegebenen gültigen Stimmen. Ein Schlüssel zum Erfolg war die Bildung einer Koalition aller wichtiger Oppositionsparteien. Dadurch erhielt Hichilema Unterstützung auch aus Regionen, die außerhalb seiner Stammwählerschaft liegen. Ein anderer Grund für seinen Erfolg ist die schlechte wirtschaftliche Lage Sambias und der autoritäre Regierungsstil Lungus, der vor allem bei jungen Wähler:innen auf Ablehnung stieß. Zusätzlich kann die Haltung des Militärs am Wahltag als positiver Faktor genannt werden. Entgegen der Befürchtung es würde Proteste der Opposition nach der Stimmabgabe gewaltsam niederschlagen, blieb es neutral.

Hichilemas erdrutschartiger Wahlsieg hat die demokratischen Institutionen ermutigt, sich gegen autoritäre Tendenzen zu stellen und stellt ein echtes Mandat für Veränderung in Sambia dar.

Die wirtschaftliche Entwicklung der kommenden zwei Jahre im südlichen und östlichen Afrika wird vor allem durch den Umgang mit COVID-19 und die Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft während und nach der Pandemie beeinflusst sein. Schulschließungen und der Ausschluss der Mehrheit der jungen Generation von Bildungschancen haben das Potential, Jahrzehnte zäher wirtschaftlicher Entwicklung zunichtezumachen. Die bereits existierende Kluft zwischen einer kleinen wohlhabenden Mittelschicht im urbanen Raum und einer großen ländlichen und vor allem armen Bevölkerungsschicht wird sich dadurch vergrößern. Alle Länder der Region brauchen eine robustere Industrialisierungsstrategie und einen kontinuierlichen Fokus auf die Modernisierung der Landwirtschaft hin zu mehr Produktivität und Wertschöpfung. Die große, schwierige Aufgabe in der Post-COVID-19-Zeit besteht darin, die Wirtschaft wachsen zu lassen, die Produktivität zu steigern und den Arbeitsmarkt deutlich zu erweitern, damit er mehr junge Menschen aufnehmen kann. Damit das gewünschte Niveau an Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit erreicht wird, sind mehr Investitionen in eine gesunde und gut ausgebildete Bevölkerung nötig. Der jungen Generation, den Millionen junger Menschen, die in den kommenden Jahren auf den Arbeitsmarkt drängen werden, Chancen zu bieten, wird eine zentrale Herausforderung für eine erfolgreiche und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung sein. Die Umsetzung der Afrikanischen Freihandelszone (AfCFTA) könnte hierbei ein wichtiger Schritt zur Förderung des innerafrikanischen Handels sein.

Über den BTI

Governance im internationalen Vergleich

Seit 2004 analysiert und bewertet der Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI) regelmäßig die Qualität von Demokratie, Marktwirtschaft und Regierungsführung in 137 Entwicklungs- und Transformationsländern. Grundlage für die Bewertung sind über 5.000 Seiten an detaillierten Länderberichten, die in Zusammenarbeit mit über 280 Experten führender Universitäten und Think Tanks in über 120 Ländern erstellt werden.

Der aktuelle Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom 1. Februar 2019 bis zum 31. Januar 2021.

Der BTI ist der einzige international vergleichende Index, der die Qualität von Regierungshandeln mit selbst erhobenen Daten misst und eine umfassende Analyse von politischen Gestaltungsleistungen in Transformationsprozessen bietet.

Transformation Index BTI 2022

ISBN

978-3-86793-938-6

AUFLAGE

1. Auflage

UMFANG/FORMAT

80 Seiten, Broschur

PREIS **18,00 €**

ZZGL. VERSANDKOSTEN



Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Sabine Donner
Senior Expert
Telefon +5241 8181501
sabine.donner@bertelsmann-stiftung.de

Claudia Härterich
Project Manager
Telefon +5241 8181263
claudia.haerterich@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Hauke Hartmann
Senior Expert
Telefon +5241 8181389
hauke.hartmann@bertelsmann-stiftung.de

www.bti-project.org